

# DISSIDENTEN

## FRAKTION IM DRESDNER STADTRAT

Dissidenten-Fraktion Dresden  
Dr.-Külz-Ring 19  
01067 Dresden

E-Mail: [dissidenten-fraktion@dresden.de](mailto:dissidenten-fraktion@dresden.de)

---

Anfrage Nr.: AF1738/21

Datum: 20.09.2021

### ANFRAGE

Dissidenten-Fraktion

#### Gegenstand:

Wahrheitspflicht der Verwaltung in Ausschüssen?

#### Einleitung:

Liebster Oberbürgermeister,

im Rahmen des Einbringung unseres Antrags "Modellprojekt zur legalen Abgabe von Cannabis" kam ich am 15.9.2021 in den Genuss der Stellungnahme des Gesundheitsamtes beizuwohnen. Leider war diese Stellungnahme faktenbefreiter Unfug, in weiten Teilen schlicht falsch oder äußerst verzerrt. Sicher handelt es sich um einen coronabedingten Lapsus und das Gesundheitsamt hatte leider keine Zeit ihre Unterlagen aus den 80ern auf den wissenschaftlichen Stand der Zeit zu bringen. Bezüglich einer Korrektur dieses Malheurs habe ich bereits Kontakt zur zuständigen Beigeordneten aufgenommen, es ist also nicht Thema meiner Frage. Es stellen sich mir in der Folge jedoch grundsätzliche Fragen zur Rolle der Verwaltung in der Ausschussberatung.

#### Fragen:

1. Ist meine naive Vorstellung richtig, dass die Stellungnahmen der jeweiligen Fachämter in den Ausschüssen dazu dienen, die Ausschüsse bzw. den Stadtrat fachlich und möglichst neutral zu beraten oder ist die Verwaltung ein eigener politischer Akteur der seine Meinung völlig unabhängig von Fakten und fachlicher Richtigkeit zum besten gibt? (Wenn möglich mit Rechtsgrundlage.)
2. Gibt es für die Verwaltung gegenüber dem Stadtrat und dessen Gremien (und auch generell) eine Pflicht zu wahrheitsgemäßen Aussagen und sowas wie eine Sorgfaltspflicht bei der Zusammenstellung von Informationen? (Bitte auch hier Rechtsgrundlage, wenn möglich. Keine philosophische Frage nach Wahrheit.)

3. Für den unwahrscheinlichen Fall, dass unrichtige Informationen versehentlich oder - rein hypothetisch - gar absichtlich durch die Verwaltung verbreitet werden, welche Verfahrensweise ist vorgesehen um dem entgegen zu wirken? Welche Stadtinternen Korrekturschritte sind vorgesehen und welche Rechtsmittel kämen im äußersten Fall zum tragen?

Besten Dank!

Maximilian Aschenbach